

## Senatsbeschlüsse

über die 199. Sitzung des Senats

am 19.02.2019, 11:15 Uhr

- 4853.) Parlamentarische Kontrolle der akustischen Wohnraumüberwachung im Bereich der Strafverfolgung  
(Vorlage 2719/19)
- 

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2719/19 den Bericht über die parlamentarische Kontrolle der akustischen Wohnraumüberwachung im Bereich der Strafverfolgung sowie die Mitteilung und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 4854.) Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen (Bremische Beihilfeverordnung – BremBVO)  
(Vorlage 2720/19)
- 

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2720/19 den Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Bremischen Beihilfeverordnung und bittet die Senatorin für Finanzen, diesen Entwurf gemäß § 93 Bremisches Beamtengesetz den Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und Berufsverbände im Lande Bremen, gemäß § 39a Bremisches Richtergesetz den Spitzenorganisationen der zuständigen Vereinigungen der Richterinnen und Richter im Lande Bremen zuzuleiten.
2. Der Senat stimmt der Einplanung der Mittel für die Änderung der Bremischen Beihilfeverordnung für die Jahre 2020 und 2021 von 970 T€ p.a. und im Rahmen der Fortschreibung der Finanzplanung für die Jahre 2022 und 2023 ebenfalls von 970 T€ p.a. zu.  
Mit diesem Beschluss nimmt der Senat zur Kenntnis, dass diese Maßnahme im Gesamtrahmen des Haushalts des Landes und der

Stadtgemeinde ausschließlich durch entsprechende Prioritätensetzung im Aufstellungsverfahren 2020/2021 bzw. in der Finanzplanung 2022/2023 finanziert werden muss.

3. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „A. Problem“ im zweiten Absatz das Wort „Verbbarkeit“ ersetzt wird durch das Wort „Vererbbarkeit“.

4855.) Entwurf eines Ortsgesetzes zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter (BeirOG)  
(Vorlage 2721/19)

---

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2721/19 den Entwurf des „Ortsgesetzes zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter“ sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Beschlussfassung unter der Maßgabe folgender Ergänzung von Artikel 1 Nr. 1 des Ortsgesetzes:

„d) Die Angabe zu § 38 wird wie folgt gefasst:

„§ 38 Inkrafttreten, Außerkrafttreten“

e) Die Angabe zu § 39 wird gestrichen.“

4856.) "Ausleihe von E-Books in Bibliotheken"  
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)  
(Vorlage 2722/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2722/19 der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4857.) "Stellenausschreibungen bei kirchlichen Trägern"  
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - L 14)  
(Vorlage 2723/19)

---

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2723/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion „Die Linke“ in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) mit der Maßgabe folgender Änderung zu:  
In der Antwort auf Frage 1 wird der letzte Satz ersatzlos gestrichen.

4858.) "Partnerschaftsgewalt im Jahr 2017 im Land Bremen"  
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)  
(Vorlage 2724/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2724/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Maßgabe folgender Änderung zu:  
In der Antwort auf Frage 3 wird an den fünftletzten Absatz folgender Satz angefügt: „Derzeit bereitet eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe unter Federführung der ZGF vor, dass die betroffenen Frauen von der Gerichtshilfe regelhaft kontaktiert werden und ein niedrigschwelliges Beratungsangebot erhalten.“
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4859.) "Beratung von Schwangeren mit einem genetisch erkrankten Kind stärken!"  
(Kleine Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen)  
(Vorlage 2725/19)

---

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 26. Februar 2019 aus.

4860.) "Kosmetische Operationen bei intergeschlechtlichen Menschen"  
(Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE)  
(Vorlage 2726/19)

---

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2726/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion Die LINKE „Kosmetische Operationen bei intergeschlechtlichen Menschen“ sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Kenntnisnahme.

4861.) "Entwicklung von Altersarmut im Land Bremen"  
(Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE)  
(Vorlage 2727/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 18.02.2019)

---

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Neufassung der Vorlage der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 18.02.2019 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 04.12.2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme unter der Maßgabe folgender Änderungen:

- In der Antwort auf Frage 11 wird im sechstletzten Absatz, letzter Satz das Wort „die“ vor dem Wort „Vorschläge“ ersatzlos gestrichen.
- In der Antwort auf Frage 13 wird im ersten Absatz, letzter Satz das „Landesmindestlohns“ ersetzt durch das Wort „Mindestlohns“
- In der Antwort auf Frage 13 wird im zweiten Absatz der letzte Satz ersatzlos gestrichen.

4862.) Entwurf der Anerkennungsverordnung für ausländische  
Lehrkräfteberufsqualifikationen (AV-L)  
(Vorlage 2728/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2728/19 den Zwischenstand in der Entwicklung der Anerkennungsverordnung für ausländische Lehrkräfteberufsqualifikationen (AV-L) mit der Kostenberechnung sowie den anliegenden Entwurf der AV-L in der anliegenden Fassung zur Kenntnis und stimmt dem weiteren Verfahren zu.
2. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die zur Durchführung der Maßnahmen erforderlichen Mittel in 2019 in Höhe von insgesamt 0,464 Mio. € durch die Ressortbudgets der Produktpläne Kinder und Bildung (0,449 Mio. €) und Hochschulen und Forschung (0,015 Mio. €) finanziert werden sollen. Sollte dies in 2019 nicht möglich sein, ist dem Senat auf Basis des Produktgruppencontrollings 01.-06.2019 in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen ein Finanzierungskonzept vorzulegen.
3. Der Senat stimmt der Einplanung der Mittel in Höhe von 1,116 Mio. € (PPL 21: 1,079 Mio. €; PPL 24: 0,037 Mio. €) p.a. ab 2020 zu. Mit diesem Beschluss nimmt der Senat zur Kenntnis, dass diese Maßnahme im Gesamtrahmen des Haushaltes des Landes ausschließlich durch entsprechende Prioritätensetzung im Aufstellungsverfahren 2020/2021 bzw. in der Finanzplanung 2022/2023 darstellbar ist.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung sowie die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz über die Senatorin für Finanzen, die erforderlichen Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses einzuholen.
5. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „E. Beteiligung und Abstimmung“ der zweite Satz wie folgt formuliert wird:  
„Nach dieser Senatsbefassung wird das Beteiligungsverfahren wieder aufgenommen und fortgesetzt.“

Als neuer dritter Satz wird eingefügt: „Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und die sonstigen zu beteiligenden Verbände sollen um eine Verkürzung der Frist auf drei Wochen gebeten werden, um die anschließend zu befassenden Gremien noch rechtzeitig erreichen zu können.“

- 4863.) "Diskriminierung von Frauen in der Jubiläumsverordnung"  
(Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen - L 12)  
(Vorlage 2729/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2729/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.

- 4864.) "Zwischennutzungen auf Flächen der WFB"  
(Anfrage der Fraktion DIE LINKE - S 04)  
(Vorlage 2730/19)
- 

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2730/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

- 4865.) "Scoring-Verfahren für Mehrfachtäter – Abschiebung nach Punkten?"  
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)  
(Vorlage 2731/19)
- 

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 5. März 2019 aus.

4866.) Haushalte 2018 - Feststellungen zur Resteübertragung, Rücklagenbildung und zu Verlustvorträgen (Vorlage 2732/19)

---

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2732/19 der gemäß Anlagen 1 bis 4 vorgeschlagenen Resteübertragung, der Bildung von und der Entnahme aus Rücklagen und der Bildung bzw. dem Ausgleich von Verlustvorträgen zu und bittet die Senatorin für Finanzen, die Vorlage dem Haushalts- und Finanzausschuss mit der Bitte um Zustimmung und Einholung der erforderlichen Ermächtigungen zur haushaltstechnischen Umsetzung vorzulegen.

4867.) Bauliche Ertüchtigung des Polizeitrainingszentrums (Schießbahn) (Vorlage 2733/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2733/19 den dargelegten Maßnahmen zur baulichen Herrichtung der SVIT-Immobilie Polizeitrainingszentrum auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei zu.
2. Der Senat stimmt der Aufhebung der Sperre auf der Haushaltsstelle 3054/884 13-2 „An SVIT für den Neubau einer Feuerwache für die Berufsfeuerwehr“ in Höhe von 750 Tsd. € für den in 2019 benötigten Investitionsbedarf für die Bauliche Ertüchtigung des Polizeitrainingszentrums zu.
3. Der Senat stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung und der Einplanung der Mittel in Höhe von insgesamt 250 Tsd. € für das Haushaltsjahr 2020 zu. Mit diesem Beschluss nimmt der Senat zur Kenntnis, dass diese Maßnahme im Gesamtrahmen des Haushaltes des Landes ausschließlich durch entsprechende Prioritätensetzung im Aufstellungsverfahren 2020/2021 darstellbar ist.

4. Der Senat bittet den Senator für Inneres die Deputation für Inneres zu befassen sowie die erforderlichen Beschlüsse zur Finanzierung der Baumaßnahme im Haushalts- und Finanzausschuss über die Senatorin für Finanzen einzuholen.
5. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „B. Lösung“
  - der vorletzte Absatz wie folgt formuliert wird: „Die Finanzierung der Gesamtinvestitionskosten obliegt dem Nutzer und somit dem Ressortbereich Inneres, da auch die üblicherweise vermietetseitigen Verpflichtungen, beispielsweise für die Behebung von Brandschutzmängeln, in der spezifischen Nutzung als Schießstand begründet sind.“
  - im letzten Satz die Zahlen „120 - 150.000“ ersetzt werden durch die Zahl „120.000“.

4868.) Volksbegehren  
"Für unser lebenswertes Bremen – Städtebauliches Konzept zur Erhaltung des Rennbahngeländes im Bremer Osten als Grün-, Erholungs- und gemeinschaftlich genutzte Fläche"  
(Vorlage 2734/19)

---

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Anlage 3 der Vorlage 2734/19 die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Beratung in der Sondersitzung am 21.02.2019.

4869.) Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Frauen und Kindern aus dem Nordirak  
(Vorlage 2735/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat befürwortet entsprechend der Vorlage 2735/19 grundsätzlich die Aufnahme von bis zu 20 besonders schutzbedürftigen Frauen und

Kinder aus dem Nordirak im Rahmen eines kurzfristig vorzulegenden besonderen Aufnahmeprogramms in Kooperation mit dem Land Brandenburg oder einem anderen Bundesland.

2. Zur Erarbeitung einer Entscheidungsvorlage für ein mögliches Aufnahmeprogramm ist zu klären, ob ein gemeinsames Vorgehen mit Brandenburg bei der Auswahl und Aufnahme der Frauen und Kinder erfolgen kann bzw. ob eine Kooperation in einzelnen Punkten mit Brandenburg oder anderen Ländern möglich ist und welche Schritte dann von Bremen selbst wahrgenommen werden müssen.
3. Zu endgültigen Beschlussfassung bittet der Senat die Projektgruppe um eine Vorlage der Ergebnisse einschließlich der personellen und finanziellen Auswirkungen bis 26. März 2019.
4. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „E. Beteiligung/ Abstimmung“ die Reihenfolge der Worte „Gesundheit“ und „Wissenschaft“ getauscht wird.

4870.) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten und des Heilberufsgesetzes  
(Vorlage 2736/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2736/19 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten und des Heilberufsgesetzes sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung unter der Maßgabe folgender Änderung:  
Im Entwurf des Änderungsgesetzes wird Ziffer 3 wie folgt neu formuliert:  
„In § 54 Absatz 2 wird die Angabe „2019“ durch die Angabe „Ende 2020“ ersetzt.“

2. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die zur Durchführung der personellen Aufstockung erforderlichen Mittel im Jahr 2019 durch das Ressortbudget des Produktplanes Justiz finanziert werden sollen. Für den Fall, dass eine Ressort-Finanzierung des laufenden Jahres im Vollzug 2019 nicht möglich ist, wird im Rahmen der Controlling-Berichterstattung durch die Senatorin für Finanzen ein Vorschlag für einen Ausgleich, insbesondere durch Inanspruchnahme freier Personalmittel der Ressorts, vorgelegt.
3. Der Senat beschließt, dass über die zukünftige haushaltsmäßige Berücksichtigung der Maßnahmen im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020 ff. und der Finanzplanung entschieden werden wird.

4871.) "Guterhaltene Gebäudesubstanz in Kleingärten weiter nutzen?"  
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)  
(Vorlage 2737/19)

---

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 5. März 2019 aus.

4872.) "Gefahr durch steigendes Grundwasser?"  
(Anfrage der Fraktion der SPD - S 02)  
(Vorlage 2738/19)

---

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2738/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der SPD in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

Die Antwort auf Frage 3 wird wie folgt neu gefasst: „Eine Gefährdung öffentlicher Gebäude ist aufgrund der bisherigen Erkenntnisse, nach denen ein eindeutiger, flächendeckender Trend zu steigenden Grundwasserniveaus nicht zu erkennen ist, nicht zu erwarten.

Allerdings erhöhen Alterungsvorgänge von Gebäudeuntergeschossen und Bauwerksgründungen die Gefahr von Feuchtigkeitsschäden.

Über diese Zusammenhänge und mögliche Schutzmaßnahmen werden Grundstücksverantwortliche umfassend in der Broschüre „Bremer Häuser im Klimawandel“ informiert

(<https://www.bauumwelt.bremen.de/info/bremerhaeuserimklimawandel>)."

4873.) "Zukunft des Hachez-Geländes"  
(Anfrage für der Fraktion DIE LINKE - S 09)  
(Vorlage 2739/19)

---

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2739/19 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.

4874.) "Kurze Grünphase – weite Wege?  
Probleme für Fußgängerinnen und Fußgänger beim Überqueren der Horner  
und Leher Heerstraße"  
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)  
(Vorlage 2740/19)

---

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2740/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD mit der Maßgabe folgender Änderung zu:  
In der Antwort auf Frage 1 endet der letzte Satz nach dem Wort „entnehmen“.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

4875.) Verlängerung des Projektes "Ausschreibung, Auswahl und Einführung eines neuen IT-Fachverfahrens SGB VIII (Nachfolge OK.JUG)"  
(Tischvorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 14.02.2019)

---

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Tischvorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 14.02.2019 die veränderten finanziellen Auswirkungen zur Kenntnis.  
Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport wird gebeten die erforderliche Liquidität für die Jahre 2019 und 2020 innerhalb des PPL 41 bereit zu stellen.
  
2. Der Senat stimmt der Verlängerung des Projektes bis 30. Juni 2020 zu.